

7 Fragestunde

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Somit sind wir mit den Mitteilungen am Ende und kommen nun zur Fragestunde. Es ist jetzt genau 12.28 Uhr, und ich darf Herrn Gemeinderat Stücklschweiger bitten, die Frage an die Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner zu stellen.

Beginn Fragestunde: 12.28 Uhr.

7.1 Frage 1: Nachhaltiger Umgang mit Bepflanzung in Graz (GR Stücklschweiger, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GR Stücklschweiger:

Sehr geehrte Zuseher:innen auf der Galerie und im Livestream, liebe Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Ich kann mich noch sehr gut an Zeiten erinnern, in denen die Grünen nicht in der Regierung gesessen sind. Da waren sie lautstarke Aktivisten gegen Baumfällungen. Man kann sich auch noch gut an die vielen Aufschreie erinnern, an die Meldungen erinnern, in denen jedes gefallene Blatt vollkommen unreflektiert kritisiert worden ist. Das ging so weit, dass die ehemalige grüne Frontfrau Lisa Rücker 2008 die Koalitionsverhandlungen mit der Grazer Volkspartei unterbrochen hat, weil kranke Bäume aus sicherheitstechnischen Gründen im Grazer Stadtpark entfernt werden haben müssen. Damals noch fassungslos hat sich das Blatt, welch schönes Wortspiel, gewandt. Der grüne Zorn gegen das Fällen von Bäumen, der ist gewichen und hat sich gewandelt in Kettensägensympathie, und man zeigt sich prinzipien-fluid. Beispielsweise, wenn man herrlich CO₂-absorbierende, ja fast schon zum historischen Stadtbild gehörende, Schattenspender der Innenstadtentflechtung zum Opfer fallen lässt. Zeit hätte man ja genug gehabt, sich

darüber Gedanken zu machen, tatsächlich nachhaltig und de facto auch innovativer zu agieren. Ein verhältnismäßig einfacher Ansatz wäre ja, Bäume zu verpflanzen statt zu fällen. Der ökologische Wert von einem großen alten Baum ist deutlich höher als der eines neu gepflanzten. Das brauche ich Ihnen aber eigentlich nicht erzählen, das wissen Sie eh besser. Darüber hinaus kann man eine Verpflanzung bis zu 50 % günstiger umsetzen. Das klingt für mich durchaus großartig. Verpflanzungen, was Sinn macht, also vor allem statt Abholzungen bei Baustellen und bei gesunden Bäumen sollten dementsprechend zukünftig kein Novum, sondern lieber die Routine darstellen. Und dass ein solcher Ansatz absolut sinnvoll ist, das zeigt seit vielen Jahren die Stadt Nürnberg. Dort ist Verpflanzung, nämlich im Sinne der doppelten Nachhaltigkeit, fester Bestandteil der Grünraumstrategie.

Aus diesem Anlass stelle ich Ihnen deshalb folgende

Frage:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin,
sind Sie bereit, bei zukünftigen Baustellen im Stadtgebiet Graz eine Baumverpflanzung zu prüfen, um im Sinne Ihrer eigenen Grünraumpolitik weitere Fällungen zu verhindern (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Aus gegebenem Anlass stelle ich Ihnen folgende

Frage:

Sind Sie bereit, bei zukünftigen Baustellen im Stadtgebiet von Graz eine Baumverpflanzung zu prüfen, um im Sinne Ihrer Grünraumpolitik weitere Fällungen zu verhindern?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, Herr Gemeinderat, für diese Frage. Die ermöglicht mir nämlich, ein paar Dinge vielleicht zu erläutern und klarzustellen. Als erstes, es gibt ihn doch, den Motiventext, weil ich habe mich schon gefragt, die Frage ist nämlich ohne Motiventext eingereicht worden, ich würde bitten darum, damit man sich in Zukunft auch darauf einstellen kann, in welche Richtung eine Frage geht oder was Sie motiviert dazu, den Motiventext auch wie gewöhnlich mitzureichen. Das ist nur eine formale Bitte, aber es erleichtert die Sache. Weil dann beginne ich mit meiner Antwort dort, wo Sie erwähnt haben, dass Bäume gefällt wurden unter meiner Verantwortung. Jeder und jede, die mich kennt, weiß, dass mir eine Baumfällung im Herzen weh tut, jede Baumfällung. Und diese Baumfällungen waren leider deswegen notwendig, weil ich eine Planung durchführe, die in der vorhergehenden Periode unter dem Bürgermeister Nagl hier in diesem Gemeinderat beschlossen wurde, nämlich ein Planungsprojekt der Innenstadtentlastung (*Appl.*).

Mit dieser Planung einhergehend war leider sozusagen die ganze Linienführung der Straßenbahn, und jeder und jede, der sich beschäftigt mit Straßenbahninfrastrukturprojekten, weiß, dass es da extrem aufwendige straßenrechtliche, verkehrstechnische und vor allem eisenbahnrechtliche Verfahren gibt, die jahrelang dauern und es deswegen verunmöglichen, dort einen Baum zu retten. Mir tut es im Herzen weh, aber ich kann gewährleisten, dass umso mehr Bäume, gerade dort in der Neutorlinie, in der Neutorgasse entlang gepflanzt werden, als sie jetzt leider weggenommen werden müssen. Das nur einmal zur Vorgehensweise, also bitte postwendend zurück an den Herrn Bürgermeister Nagl. Ich freue mich aber, dass es jetzt einen Baumschutzbeauftragten oder jemanden gibt in der ÖVP, der sich für den Baumschutz zuständig fühlt und dem was abgewinnen kann. Wir haben nämlich jahrelang niemanden gehabt und ich möchte an die tausenden Bäume erinnern, die dem Mur-Kraftwerk zum Opfer gefallen sind. Leider, und ich fahre oft dort runter entlang der Mur, müssen wir noch immer den Bäumen beim Ertrinken zuschauen, den tausenden Bäumen, die damals dem Kraftwerk geopfert wurden (*Appl.*).

Aber jetzt zur Gegenwart. Sie wissen, dass mir der Baumschutz ein wirkliches Anliegen ist. Wir machen gerade die Baumschutzverordnung neu. Wir haben versprochen, im Jahr, wir setzen jeden Tag einen Baum, wir haben doppelt so viele Bäume gesetzt im letzten Jahr. Wir werden das in dem Tempo und mit dem Anliegen fortsetzen. Und ich habe das auch schon der Zeitung gesagt, das war ja interessant, eigentlich findet die Fragestunde im Gemeinderat statt, Sie haben die Kleine Zeitung bevorzugt davor, weil hier kann man sich erklären. Ich höre auf unsere fachlichen Abteilungen und ich habe gesagt, mir liegt jeder Baum am Herzen, der in der Stadt gepflanzt wird, umgepflanzt werden kann und geschützt werden kann. Immer in Abstimmung mit unseren Fachbeamten und -beamtinnen, weil wir haben da wirklich ziemlich gute Leute in der Abteilung für Grünraum und Gewässer. Und genau die habe ich natürlich gefragt nach der Idee, die Sie interessanterweise einbringen. Und das ist gar nicht so einfach. Es hat einmal so ein Projekt gegeben, das braucht, und um zurückzukommen auf die Neutorlinie, jahrelange Pflege der Wurzelwerke, der Starkwurzeln, die da sektionsweise zurechtgeschnitten, abgestochen werden müssen; das braucht eine jahrelange Vorlaufzeit, damit der Baum so vorbereitet ist, dass er überhaupt herausgenommen werden kann und versetzt werden kann. Und selbst dann weiß man nicht, ob er überlebt, weil alte Bäume einen neuen Boden brauchen, ein Umfeld, das geeignet sein muss für diesen Baum. Und die Fachabteilung sagt, dass das extrem aufwendig ist, sehr, sehr lange dauert, Jahre, also wieder postwendend zurück an unseren ehemaligen Bürgermeister Nagl, der hätte das vorbereiten können, wenn er die Bäume hätte gerne versetzt haben wollen. Ich wäre nicht mehr der Lage gewesen dazu, wir prüfen es aber. Aber wie gesagt, das dauert mehrere Jahre und deswegen muss man das so vorbereiten, dass es irgendwie möglich ist, beziehungsweise den Ersatzstandort vorbereiten, und es braucht einen ziemlichen Pflegeaufwand. Es wurde einmal gemacht in der Stadt am Bahnhofsvorplatz und man hat leider die Erfahrung gemacht mit dem Baum dort, dass der nicht so gut wachsen konnte wie neue Bäume, die dort gepflanzt werden wurden, die quasi den alten Baum dann überragt oder übertrumpft haben im Wachstum und deswegen wird sozusagen auch der Kosten-Nutzen-Effekt von unseren Abteilungen sehr intensiv abgewogen und geschaut,

ob das sinnvoll ist, sowas zu machen oder nicht. Und ich kann da nur auf die Expertise unserer Leute verweisen und Ihnen auch empfehlen das Gespräch mit ihnen zu führen (*Appl.*).

GR Stücklschweiger:

Ja, zuerst einmal vielen Dank für die Ernennung zum neuen Baumschutzbeauftragten. Das freut mich irrsinnig, das ist kein Problem, das bekommen wir auch innerparteilich durch. Wir sind ja sehr offen für sehr viel Neues und wir weinen auch nicht ständig der Vergangenheit nach, sondern schauen nach vorne (*Appl.*).

Ich finde es auch irrsinnig interessant, dass Sie sich einmal mit den Projekten des Altbürgermeisters brüsten und in den Medien von Ihren Projekten sprechen, und dann wieder auf der Vergangenheit herumhacken. Wenn das Ihr neuer Stil ist, bin ich wirklich sehr verwundert, ich habe anderes von Ihnen und vom Stil einer Vizebürgermeisterin erwartet, aber ok. Und ich möchte auch noch dazusagen, wenn Sie das Kraftwerk erwähnt haben, also ich sehe immer sehr viele Leute, die früher lautstark aufgestanden sind und gegen das Kraftwerk protestiert haben und jetzt alle dort in der Sonne liegen im Sommer und ihre Picknicks veranstalten (*Appl.*).

Also ich habe es vorhin erwähnt, prinzipien-fluid trifft es wirklich sehr, sehr gut. Ich werde mich definitiv unterhalten und wir werden Sie einfach zukünftig an Ihren Taten messen. Ich gehe jetzt davon aus, dass ich das richtig verstanden habe, dass Sie das trotzdem weiterhin prüfen werden und zukünftig anders mit dieser Sache umgehen, weil Sie sind ja für die Neupflanzungen verantwortlich. Also können Sie das ja von vornherein gut mitberücksichtigen. Vielen Dank. Ich habe keine Zusatzfrage (*Appl.*).

**7.2 Frage 2: Sparbuchrücklage im Kulturamt
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Zuschauer:innen auf der Galerie und online, liebe Kolleg:innen, die Stadtregierung, sehr geehrter Herr Stadtrat. Wir begegnen uns ja immer wieder in letzter Zeit, nicht zuletzt im Kulturausschuss. Und ich sehe natürlich, dass Sie als zuständiger Kulturstadtrat sehr bestrebt sind, dass die Kunst- und Kulturschaffenden in unserer Stadt bestmöglich in ihrer Arbeit, in ihrer wertvollen Arbeit unterstützt werden. Und seit Beginn der neuen Gemeinderatsperiode fordern Sie immer wieder eine Erhöhung der Mittel für den Kulturbereich und begründen dies mit der Sorge, dass vor allem die freie Szene in Graz nicht ausreichend abgesichert wäre. Wenn man sich den Nachtragsvoranschlag 2023 anschaut, so lässt sich feststellen, dass Ihr Anliegen durchaus wahrgenommen wurde. Dem wurde Rechnung getragen, so wurde das Gesamtbudget für das Kulturressort für den Zeitraum 2023 bis 2027 um 19,7 Millionen erhöht und im Bereich der Subventionen um 6,8 Millionen mehr Budget zur Verfügung gestellt. Das heißt, ca. 1,36 Millionen pro Jahr. Gleichzeitig, und das hat mich verwundert, zeigen die Rechnungsabschlüsse der letzten drei Jahre einen deutlichen Anstieg der Sparbuchrücklagen des Kulturamtes aus. Die sind von 2020 839.000 auf 2021 2.890.000, 2022 Rechnungsabschluss auf 3.090.000 gestiegen. Vor dem Hintergrund der monatelangen Diskussionen und Ihrer Medienauftritte um Budgeterhöhungen und fehlender Mittel für Subventionen und Valorisierung, insbesondere für die freie Szene, richte ich an Sie folgende

Frage:

Wofür werden Sie die Sparbuchrücklage des Kulturressorts, die laut Rechnungsabschluss 3,1 Millionen beträgt, einsetzen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

In ihrer Zuständigkeit als Kulturstadtrat sind Sie ja bestrebt, dass die Kunst- und Kulturschaffenden in Graz von Ihnen und dem zuständigen Amt bestmöglich in ihrer wertvollen Arbeit in und für unsere Stadt unterstützt werden. Seit Beginn der neuen Gemeinderatsperiode fordern Sie immer wieder eine Erhöhung der Mittel für den Kulturbereich und begründen dies mit der Sorge, dass insbesondere die freie Szene in Graz nicht ausreichend abgesichert ist.

Sieht man sich den Nachtragsvoranschlags 2023 an, so lässt sich feststellen, dass Ihrem Anliegen durchaus Rechnung getragen wurde. So wurde das Gesamtbudget für das Kulturressort für den Zeitraum 2023-2027 um 19,7 Millionen Euro erhöht, im Bereich der Subventionen stehen um 6,8 Millionen Euro mehr Budgetmittel für den Planungszeitraum bis 2027 zur Verfügung, also 1,36 Millionen Euro pro Jahr. Gleichzeitig weisen die Rechnungsabschlüsse der letzten 3 Jahre einen deutlichen Anstieg der Sparbuchrücklagen des Kulturamtes aus:

Sparbuchstände	
RA 2020	839.892,31
RA 2021	2.890.748,55
RA 2022	3.090.573,23

Vor dem Hintergrund der monatelangen Diskussionen und Medienauftritte um Budgeterhöhungen und fehlender Mittel für Subventionen und Valorisationen, insbesondere für die freie Szene, richte ich an Sie folgende

Frage:

Wofür werden Sie die Sparbuchrücklage des Kulturressorts, die lt. Rechnungsabschluss 2022 rd. 3,1 Millionen Euro beträgt, einsetzen?

StR Dr. **Riegler**:

Dankeschön für die Frage. Ich bin ja wirklich überrascht, dass Sie ausgerechnet diese Frage stellen, denn das macht wirklich keinen schlanken Fuß für Sie. Also ich verstehe es wirklich nicht, ich kann Ihnen gerne dann auch die Unterlagen alle aushändigen. Zunächst einmal zur Richtigstellung, das Sparbuch für 2023 beträgt nicht, wie Sie sagen, 3 Millionen Euro. Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen. Ich habe hier den Auszug aus dem Nachtragsvoranschlag 2023, das Kulturbudget des Kulturamtes, das Sparbuch, beträgt 1,8 Millionen, 1,791, und für die Stadtbibliotheken sind noch einmal 285.000 erspart geblieben. Das heißt, wir reden nicht von 3, sondern von 2 Millionen, aber angesichts der Rechenkünste des Herrn Finanzstadtrat Eber, der uns ja gleich Schulden von 3 Milliarden vorgerechnet hat im Dezember, ist das vielleicht, eine Million auf oder ab, nicht so ein Wunder. Zweitens ich weiß nicht, wie Sie auf die Zahlen kommen massiver Budgeterhöhungen. Tatsache ist, dass Sie alleine zum Beispiel im heurigen Jahr, also für den Nachtragsvoranschlag im Budget der Stadtbibliotheken sogar eine Einsparung absolutbetraglich um 30.000 Euro vorgenommen haben, von 421.000 noch im Doppelbudget letzten Sommer heruntergekürzt um 30.000. Also ich verstehe es ehrlich gesagt nicht ganz, wie Sie darauf kommen, dass Sie Budgets erhöhen. Sie wissen, dass wir derzeit eine Inflationsrate von 11 % haben. Das heißt, alle Künstlerinnen und Künstler, insbesondere der freien Szene, für die Sie sich ja auch immer stark machen, wenn es um die Mieten geht, wenn es um das Leisten des täglichen Lebens geht, die sind von einer Inflationsrate von 11 % betroffen. Tatsächlich beträgt die durchschnittliche Zuwachsrate der Kulturbudgets der nächsten Jahre so zwischen 3 und 5 %. Also es gibt einen Reallohnverlust von ungefähr sechs Prozentpunkten. Es ist nicht richtig, dass Sie da kräftige Erhöhungen vorgesehen hätten. Wir werden ja heute bei den Dringlichen dann noch einmal darauf zu sprechen kommen. Ich verstehe ehrlich gesagt auch nicht, warum Sie sich das antun, hier immer wieder diese Kürzungen oder Nicht-Erhöhungen zu ermöglichen. Was jetzt die konkrete Verwendung betrifft, ist es so, dass ich 150.000 Euro für Infrastrukturförderungen für diverse Kulturinitiativen vorgesehen habe in der Sparbuchentnahme jetzt. 150.000 für die Valorisierung der freien Szene im Bereich der

Musik, 100.000 für die Valorisierung der Vereine in der darstellenden Kunst, also das sind so freie Theater wie Theater in Bahnhof oder Theater Quadrat und andere. Und dann habe ich noch 200.000 Euro Entnahme vorgesehen für die Evaluierung zum Beispiel der Steiermärkischen Kulturveranstaltungs GmbH oder für Valorisierung Wundertüte, Valorisierung Projekt Kulturlots:innen, Sichtbarmachung freie Szene etc. 50.000 für die Valorisierung des Literaturhauses, da kommt ja jetzt ein Fünfjahresvertrag, der ja, wenn es nach Ihnen geht, nicht auf fünf Jahre, sondern nur auf zwei Jahre abgeschlossen wird. Siehe Budgetbegleitbeschlüsse der letzten Sitzung. Und dann entnehme ich noch 280.000 Euro für die Stadtbibliotheken, weil die eben gekürzt wurden, insgesamt 930.000 Euro Sparbuchentnahme jetzt. Und damit ist die Hälfte vom Sparbuch bereits verbraucht und wir haben noch nicht die Erhöhung der restlichen Freie-Szene-Vereine abgedeckt (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner:

Danke für die umfassende Beantwortung. Da muss ich nur einhaken, dass wir schon im Dezember die Diskussion hatten, dass es bei den mehrjährigen Verträgen sehr wohl zu einer Erhöhung der Valorisierung gekommen ist. Ich weiß nicht, ob ich es noch einmal wiederholen muss hier. Ich weiß, wir sparen. Die Einsparungen bei den Bibliotheken, es gibt einen Einsparungspfad, das ist deswegen zu begründen, weil eben es zu Sparbuchrücklagen gekommen ist und es zeigt, anscheinend sind die Mittel doch da, dass man sie sparen kann. Es ist für mich schon interessant, wie es überhaupt dazu kommen kann, das können Sie aber auch gerne uns vorrechnen, da sind sicher alle interessiert daran. Würden Sie uns vorrechnen, wie es überhaupt dazu kommen kann, dass Sie die Sparbuchrücklagen immer einmal steigern, die Zahl habe ich übrigens aus den Rechnungsausschüssen 2021 und 2022, von 800.000 auf 2 Millionen und dann auf 3 Millionen steigen kann (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Die Sparbücher, nur dass man das vielleicht auch für die Menschen draußen erklärt, die das interessiert, die Sparbücher wurden eingeführt im Jahr 2003/2004, damals unter dem damaligen Finanzstadtrat Wolfgang Riedler von der SPÖ. Die Sparbücher sind eine sehr sinnvolle Einrichtung, damit man nicht verbrauchte Mittel eines Jahres ins nächste Jahr übertragen kann und nicht gezwungen ist, mehr oder weniger die Gelder rasch noch zu verbrauchen. Man spricht in der Verwaltungssprache vom sogenannten Dezemberfieber. Und um dieses Dezemberfieber eben zu verhindern, gibt es eben seit 2003 diese Sparbücher. Das erste Mal, dass diese Sparbücher dann gestrichen wurden, ist eben passiert letztes Frühjahr unter einem kommunistischen Finanzstadtrat. Warum das so ist, weiß ich nicht. Ich habe darauf hingewiesen, dass das nicht gescheit ist. Die Ersparnisse der letzten Jahre rühren zum Teil daher, dass wir im Bereich der Corona-Pandemie tatsächlich zum Teil Wünsche von Kulturvereinigungen hatten, Mittel in nächste Jahr mitnehmen zu dürfen, weil, wie Sie wissen, viele Aufführungen, viele Inszenierungen nicht stattfinden haben können. Darüber hinaus brauchen wir natürlich diese Sparsbuchmittel eben genau für die Aufstockung der mehrjährigen Förderverträge für 2024 und 2025, wo ja die Inflationsabgeltung noch nicht beschlossen worden ist. Das heißt, das restliche Sparsbuch, das jetzt noch übrig ist, wird eben dafür draufgehen, dass wir eben diese Inflationsabgeltung machen. Insgesamt, ich weiß, Frau Aygan-Romaner, ich weiß, dass es Ihnen auch ein Anliegen ist, kämpfen wir gemeinsam dafür, dass wir die freie Szene und die Kulturszene und insbesondere auch natürlich die Kulturbeteiligungen, von denen wir noch gar nicht geredet haben, dass wir denen auch eine faire Teuerungsabgeltung geben. Ich bin mir ganz sicher, dass wir gemeinsam dann auch wieder bei vielen Kulturveranstaltungen persönlich dabei sein werden (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Dankeschön. Ich möchte nur um eines bitten, dass wir die gute Tradition, eigentlich auf eine Frage inhaltlich auch zu antworten und nicht zu viel abzuschweifen und einfach wirklich dabei zu bleiben, und auch bitte auf die Zeit zu achten.

**7.3 Frage 3: Hochwasserschutzprojekt(e) Thalstraße
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Um auch kurz in der Zeit zu bleiben, trotzdem eine kurze Meldung zur Geschäftsordnung. Ich habe mir das angesehen, was da mit den Ausschüssen passiert ist, weise zurück, dass das unser Fehler ist. Wir haben Ihnen eine Mail geschrieben: Hiermit bitten wir um Ausschussneubesetzungen durch folgende Personen, im beigefügten Dokument angeführt, Neubesetzungen rot markiert. Die sind dann rot markiert worden. Sie haben scheinbar völlig rot gesehen und haben alle Gemeinderatsmitglieder, die wir in den Ausschüssen haben wollten, ausgewechselt. Kann einmal passieren, ist aber nicht unser Fehler. Bitte ich zu korrigieren, damit man die richtigen Mitglieder drinnen hat. Sie mögen Ihr Chaos haben, ich habe meines, aber bitte schauen wir, dass die gegenseitigen Chaossituationen uns nicht irgendwie schaden. Dankeschön.

Zur eigentlichen Frage an die Frau Bürgermeister-Stellvertreterin. Es geht um die Hochwasserschutzproblematik in der Thalstraße. Wir haben da schon seit vielen Jahren Probleme. Jetzt gibt es scheinbar etwas Bewegung, erfreulicherweise dürfte es jetzt ein Projekt geben, das in Angriff genommen wurde. Ich habe mit den Anrainern gesprochen, die sagen, die Planungen gibt es da schon seit 2018, es geht um Erdwälle, geht um eine Schutzmauer. Jetzt ist für mich einfach die

Frage,

weil da schon sehr, sehr viel versprochen wurde in der Vergangenheit und nie etwas passiert ist: Wann kommen diese Maßnahmen konkret, ich habe es Ihnen auf der zweiten Seite auch eingezeichnet, damit Sie wissen, um welches Areal es geht, wann wirklich der Baubeginn dieser Erdwälle und Schutzmauern tatsächlich sein wird (*Appl.*).

Originaltext der Frage:

Aus einem Schreiben, das uns kürzlich zugetragen wurde, geht hervor, dass nun – wie schon so oft gefordert! – endlich auch im Bereich der Thalstraße intensiver am Hochwasserschutz gearbeitet wird. Maßnahmen in diesem von Überschwemmungen stark geplagten Gebiet sind längst überfällig, müssen aber aufgrund der angespannten Budgetlage der Stadt Graz besonders gut geplant werden, um den größtmöglichen Nutzen für möglichst viele Bewohner sicherzustellen.

Daher ist es wichtig und dringend, die wirklichen Ursachen der Überschwemmungen und nicht nur die Symptome zu behandeln. Viele Bewohner der Thalstraße haben mittlerweile (leider) umfangreiches Wissen über das Verhalten des Thaler Baches und seiner Zuflüsse bei Unwettern sammeln müssen und können mit ihren Erfahrungen zu einem nachhaltigen und wirklich wirkungsvollen Maßnahmenpaket beitragen.

Grundsätzlich muss gewährleistet werden, dass zum einen das in den Thaler Bach einströmende Wasser bei Überschwemmungen kontrolliert und zügig abfließen kann und zum anderen muss auch die Aufnahmefähigkeit des Baches erhöht werden, indem man das Volumen des Bachlaufes erhöht. Kurzum: Es braucht eine umfassende Bachbettsanierung und eine gänzliche Entfernung der Sedimentablagerungen und der sonstigen Verklausungen, Müllablagerungen, usw.

Die gegenständlichen Planungen betreffen das Areal ab Höhe Thalstraße 173 (siehe Karte anbei). Es sollen Erdwälle bzw. Schutzmauern errichtet werden. Da die Anrainer berichteten, dass erste Planungen diesbezüglich bereits seit 2018 (!) laufen, besteht ein hohes Interesse daran, WANN die geplanten Maßnahmen endlich zur Umsetzung gelangen werden, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die diesjährige Unwettersaison nicht nur vor der Tür steht, sondern mit heftigen Gewittern und Hagelschauern schon am vergangenen Wochenende begonnen hat. Des Weiteren ist für die Anrainer von großem Interesse, wie hoch die reservierten Budgetmittel sind, die für diese Maßnahmen bereitstehen werden.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Wann gelangen die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung (Baubeginn der Erdwälle und Schutzmauern)?



Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke für die Frage. Wir haben schon einmal das, glaub ich, in der Fragestunde erörtert und tatsächlich ist jetzt die Antwort, die ich auch aus der Fachabteilung bekommen habe, dazu konkreter. Weil, wie schon damals besprochen, ist das Sachprogramm Grazer Bäche insofern ein bisschen kompliziert, dass die Stadt Graz ja als Interessent gegenüber Land und Bund auftritt und da immer auch sozusagen im Dialog nur arbeiten kann, weil wir auch wasserrechtlich, in Bezug auf das Wasserbautenförderungsgesetz, auch die Förderungen von dort bekommen und sämtliche Bäche, die in diesem Bachsanierungsprogramm drinnen sind, gemeinsam mit dem Land oder mit dem Bund abgewickelt werden. Beim Thaler Bach werden gerade zwei Projekte parallel bearbeitet. Das ist zum einen die Adaptierung vom Rückhaltebecken Thaler See, weil, und da war ja schon im Zusammenhang mit dem Neubau des Restaurants Thaler See wurden da ja schon die Vorkehrungen getroffen, was den Hochwasserschutz anbelangt, weil das ganze Stauziel um einen Meter angehoben werden soll. Dort ist eben ein Absperrdamm errichtet worden, beziehungsweise muss man noch weiter adaptieren, was die Außenanlagen betrifft. Auch laufend derzeit die Detailplanungen zur Fischaufstiegshilfe, damit die Fische zwischen Thalersee und Thaler Bach schwimmen können. Als nächster Schritt, und das ist jetzt, glaube ich, das jetzt Komplizierte beziehungsweise das, was ein bisschen länger dauert, sind, dass Grundeinlöseverhandlungen durchgeführt werden müssen in dem Zusammenhang. Und beim Bachausbau im Bereich Thalstraße 146 bis 188 sind, also in dem gegenständlichen Bereich, den Sie auch angezeichnet haben, sieben Wohnprojekte hochwassergefährdet und die hochwassertechnische Sanierung dieses Gebietes bedingt aber sozusagen die vorhergehende Anpassung des Rückhaltebeckens, also das hängt sozusagen alles wirklich miteinander zusammen, deswegen muss man das eine zuerst machen. Und dann gibt es dort ein großes Problem beim Planen, nämlich, dass die Variante zur Hochwassersanierung noch nicht gefunden werden konnte, nämlich in Bezug auf die bestehende Zufahrtsbrücke, die es jetzt gibt, die ist zu gering hydraulisch, ungeeignet, um diese baulichen Maßnahmen zu setzen und deswegen wird diese komplette Neuorganisation der Zu- und

Anfahrtssituation gerade geprüft. Also es ist wirklich komplex, da bedarf es wieder der Zustimmung sämtlicher Grundeigentümer:innen und dazu laufen gerade die Verhandlungen. Die Planung ist, die zeitliche Vorausschau, ist das Bauprogramm mit dem Land Steiermark, also um Ihre Frage auch zu beantworten, zeitlich, das läuft im Sachprogramm Grazer Bäche, die Bearbeitung läuft federführend über das Land Steiermark. Das haben wir damals schon besprochen, weil das eben die schutzwasserwirtschaftlichen Gelder der gesamten Steiermark verwaltet. Die Adaptierung Rückhaltebecken Thaler See ist in der Projektvorschau des Landes für 2025 zur Umsetzung vorgesehen. Das Projekt Thalstraße 146-188 dann anschließend, sobald das andere fertig ist.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vielen Dank für die Beantwortung. Das hat meine Frage ja wirklich gut beantwortet. Hier anschließend, Sie haben ja das schon aufgemacht, dieses Themengebiet, da gibt es ja mehrere Hochwasserprojekte, die wahrscheinlich notwendig sein werden zum Schutz dieser Liegenschaften. Jetzt gibt es schon seit 2008 zumindest Anregungen von Seiten des Bundes, dass man doch auch im Bereich Fuchsloch bei diesem Zufluss zum Taler Bach ein Hochwasserschutzprojekt realisiert. Das kommt nirgendwo vor. Ist das angedacht, in absehbarer Zeit in Angriff zu nehmen oder nicht?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Entschuldigung. Das ist mir neu. Ich kann dem nur nachgehen und nachfragen. Also ich kenne das gar nicht, das Gebiet, das war bei mir noch nie Thema, aber werde ich herausfinden.

7.4 Frage 4: 1.000-Euro-Corona-Prämie für Pädagoginnen und Pädagogen sowie für das Betreuungspersonal in den städtischen Kindergärten, Krippen und Horten (GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an StR Eber, KPÖ)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kolleginnen, liebe Gäste am Balkon und liebe Zuschauer zuhause an den Livestreams. Ich habe eine Frage an den Herrn Stadtrat Eber heute, und es geht um die 1.000-Euro-Corona-Prämie, die den Elementarpädagog:innen versprochen wurde. In der Woche vor Ostern haben 1.611 Grazer Eltern ein Schreiben erhalten, in dem ihnen mitgeteilt wurde, dass es im Herbst für ihr Kinder leider keinen Platz im Kindergarten oder in der Kinderkrippe geben wird. Das sagt sich so einfach dahin, hat aber für die betroffenen Menschen erhebliche Auswirkungen. Das kann man sich auch wirklich leicht vorstellen. Entweder wird der Familie dadurch die Möglichkeit entzogen, ihr Einkommen aufzubessern oder im Falle von Alleinerziehenden, überhaupt irgendein Einkommen zu generieren. Also, dass die Eltern da verzweifelt sind, ist verständlich. Ohne Kinderbetreuungsplatz kannst du nicht einmal geringfügiges Dienstverhältnis eingehen, und das in Österreich, in einem der reichsten Länder der Welt. Österreich hinkt im EU-Vergleich, haben wir hier schon öfter besprochen, was das flächendeckende Angebot der Kinderbetreuung betrifft, leider immer noch sehr weit hinterher. Und Graz, anstelle mehr Betreuungsplätze zu schaffen, also laufend das Angebot auszubauen, wird ganz einfach an den Kriterien gebastelt, und so stehen zum Beispiel Chancen auf einen Platz im Kindergarten gut, wenn beide Eltern zumindest 50 % berufstätig sind. Arbeitet aber ein Elternteil weniger als 50 %, kann ja er oder sie die Kinder zuhause betreuen. Also ich denke, das ist ein Ansatz aus dem Mittelalter und der trifft vor allem Frauen. Er trifft vor allem Frauen und nimmt ihnen jede Wahlfreiheit. Das erscheint mir im Jahr 2023 wirklich grotesk. Die Frage, ob Kind und Job vereinbar sind, sollte man sich nicht mehr stellen müssen. Andererseits beklagen wir den Fachkräftemangel in der Elementarpädagogik, der uns ja auch nicht zu wundern braucht, denn wenn bis auf Leiteri:nnen alle keine Vollzeitstellen mehr bekommen, dann kann man nicht genug verdienen. Und was wir auch kritisieren, ist,

dass die Pädagog:innen sowieso unterbezahlt sind. Die Problematik ist der Stadt Graz wohl bewusst. Und Sie haben, Herr Stadtrat Eber, Sie sind ja auch Personalstadtrat, am 26. Jänner dieses Jahres per Aussendung Maßnahmen bekanntgegeben, mit denen Sie richtigerweise die angestaute Arbeitslage und auch die Rahmenbedingungen der städtischen Kinderbetreuung verbessern wollen. Dabei stellten Sie den Pädagoginnen und Pädagogen sowie dem Betreuungspersonal in Kindergärten, -Krippen und -Horten eine einmalige Corona-Prämie in der Höhe von 1.000 Euro in Aussicht. Weiters, Sie sind sogar noch weiter gegangen, haben Sie gesagt, es soll höhere Einstiegsgehälter geben. Richtig, ja? Und zusätzlich Urlaubstage für ältere Dienstnehmer. Ja, alles ok. Mit diesen Maßnahmen sollte die Qualität der Betreuung unserer Kinder gesichert werden und Sie wollten den Personalnotstand durch ein attraktives Angebot an die Pädagog:innen bekämpfen. Aber, wie erst kurz medial berichtet, fehlt von diesen 1.000 Euro jede Spur.

Und daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates folgende

Frage:

Wann, Herr Stadtrat, wird die versprochene 1.000-Euro-Corona-Prämie an die Pädagoginnen und Pädagogen sowie an das Betreuungspersonal in den städtischen Kindergarten, -Krippen und -orten tatsächlich ausbezahlt?

Originaltext der Frage:

Am 26. Jänner 2023 haben Sie, in Ihrer Funktion als Personalstadtrat, per Aussendung Maßnahmen bekannt gegeben¹, mit denen Sie die angespannten Arbeits- und Rahmenbedingungen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen verbessern

¹ https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6243409/CoronaPraemie_1000-Euro-Praemie-fuer-Personal-in-staedtischen

wollten. Dabei stellten Sie den Pädagoginnen und Pädagogen sowie dem Betreuungspersonal in den städtischen Kindergärten, Krippen und Horten eine einmalige Corona-Prämie in der Höhe von 1.000,- Euro in Aussicht. Weiter wurden höhere Einstiegsgehälter und zusätzliche Urlaubstage für ältere Dienstnehmer:innen versprochen. Mit diesen Maßnahmen sollte die Qualität der Betreuung unserer Kinder gesichert werden, indem Sie den Personalnotstand durch ein attraktiveres Angebot an die Pädagog:innen und Betreuer:innen bekämpfen.

Gute Sache, aber angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt Graz soll die 1.000-Euro-Prämie durch die vom Land Steiermark angekündigte Einführung einer Sozialstaffelung für Kinderkrippen finanziert werden. Eine solche Sozialstaffelung für Kinderkrippen wurde vom Land Steiermark jedoch frühestens für den Herbst dieses Jahres angekündigt.

Nun befinden sich die Planungen für das kommende Kinderbildungs- und Betreuungsjahr bereits im Finale und die Kindergarten- und Krippenplätze der Stadt Graz wurden vergeben. Traurig ist aber, dass der akute Personalmangel in der Elementarpädagogik auch im kommenden Herbst wieder dazu führen wird, dass nicht für alle Kinder ein Kindergarten- oder Krippenplatz vorhanden ist. Trotz rechtzeitiger Vormerkung!

Obwohl von Ihnen versprochen, hat sich offensichtlich bis dato an den Arbeits- und Rahmenbedingungen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen noch immer nichts geändert.

Doch eben diese von Ihnen angekündigten Verbesserungen wären ja gerade dringend notwendig, um endlich wieder mehr Menschen für die Arbeit im Bereich der Elementarpädagogik zu motivieren und die in Aussicht gestellte Prämie wäre eine Möglichkeit, den Pädagoginnen und Pädagogen sowie dem Betreuungspersonal jene Anerkennung und Wertschätzung entgegenzubringen, die sie verdienen. Wie erst vor kurzem medial berichtet, fehlt von dieser 1.000-Euro-Corona-Prämie jedoch weiterhin jede Spur.

Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende

Frage:

Wann wird die versprochene 1.000-Euro-Corona-Prämie an die Pädagoginnen und Pädagogen sowie an das Betreuungspersonal in den städtischen Kindergärten, Krippen und Horten ausbezahlt?

StR Eber:

Danke zunächst für die Frage. Ich glaube, in vielen Punkten gibt es ja eine große Einigkeit, nicht nur zwischen uns beiden, sondern überhaupt hier im Hause, wenn ich das so sagen darf. Und auch der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner ist ja hier in den letzten Monaten und Jahren natürlich auch aktiv geworden, um also die ärgsten Probleme, die wir in diesem Bereich haben, etwas abzufedern. Ich möchte vielleicht sagen, es ist natürlich schon länger so, also schon vor Corona waren die Arbeits- und Rahmenbedingungen im Kinderbetreuungsbereich nicht mehr die besten, haben sich natürlich durch die Corona-Pandemie dann sehr verschärft und wir haben mittlerweile wirklich einen Personalnotstand, wenn man das so sagen will. Und es war dann also für mich auch klar, dass hier ein großer Handlungsbedarf herrscht. Wir haben im letzten Jahr als ersten Schritt einmal dieses Personalpaket beschlossen, also das heißt, 54 Vollzeitäquivalente in diesem Bereich neu geschaffen, was natürlich vor allem dazu geführt hat, dass Pädagog:innen, aber auch mitunter Betreuer:innen sich leichter tun, Vollzeit arbeiten zu können, was ich für ganz wichtig halte, weil ja insbesondere Einstiegsgehälter in diesem Bereich sehr niedrig sind. Die hast du ja auch schon angesprochen. Wir haben im, ich weiß es nicht genau, nachdem du hier den 26. Jänner zitierst, nehme ich an, es war in der Jänner-Gemeinderatssitzung, haben wir ein kleines Maßnahmenpaket beschlossen, wo es um ein neues Gehaltsschema und auch um die Prämie in Höhe von 1.000 Euro geht. Es ist allerdings so, dass wir im Moment noch keine gesetzliche Grundlage dafür haben, weder für das eine noch für das andere. Das bedeutet, erst das Land muss hier eine Regelung beschließen, die es uns dann

wiederum erlaubt, freiwillige soziale Zuwendungen zu gewähren. Wir gehen davon aus, dass das zumindest vor dem Sommer noch der Fall sein wird und das würde bedeuten, dass wir dann beide Punkte, also sowohl die Prämie als auch das neue Gehaltsschema, das also den Beschäftigten in den ersten Berufsjahren höhere Einstiegsgehälter bringt, zu beschließen und entsprechend dann auch auszubezahlen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Meine Zusatzfrage. Es bringt uns nicht weiter, wenn jetzt die Schuld hier von Finanzstadtrat zu Hohensinner herumgeschoben wird. Es sind 1.611 Eltern, die jetzt nicht wissen, wie sie vielleicht sogar ihr Leben bestreiten können. Und ich denke, wir brauchen mehr Personal. Diese 54 sind viel zu wenig, das wissen Sie auch. Und darum eine Zusatzfrage: Wie schaut es denn aus, sind diese 1.000 Euro für Sie auch geplant an Neueinsteiger als quasi Zuckerl zu bieten und wir auf diese Art und Weise vielleicht noch ein paar Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen mehr generieren können?

StR Eber:

Also ich möchte zunächst einmal sagen, es geht überhaupt nicht um eine gegenseitige Schuldzuweisung zwischen Kurt Hohensinner und mir oder zwischen Stadt und Land. Es hat erst gestern ein sehr interessantes Gespräch gegeben im Rahmen des Städtebundes, des Gemeindebundes, gemeinsam mit dem Werner Amon, wo es zu einigen Verbesserungen in diesem Bereich kommen wird. Aber das natürlich nur als ersten Schritt, und ich gehe davon aus, dass weitere Schritte auf alle Fälle notwendig sein werden. Was mir wichtig ist in diesem Zusammenhang ist jedenfalls, dass es mehr Ausbildungsplätze gibt. Also das ist eine unbedingte Notwendigkeit, die hat der Landesrat Amon jetzt auch schon in Aussicht gestellt. Das heißt, das wird auch kommen. Allerdings hoffen wir, dass wir natürlich auch mehr Ausbildungsplätze in der Stadt Graz direkt haben, damit dann die zukünftigen Beschäftigten in diesem Bereich

eben von Anfang an gleich in unseren Einrichtungen in der Stadt beschäftigt werden können und wir sie da vielleicht auch ein bisschen binden können an unsere Stadt. Was noch notwendig ist, ist in einem weiteren Schritt dann auch von Landesseite sozusagen geplant, das ist eine neue Gehaltsregelung, die dann für alle Beschäftigten gelten soll. Das wurde uns in Aussicht gestellt, dass das im nächsten Jahr kommen soll. Und darauf hoffen und vertrauen wir natürlich (*Appl.*).

**7.5 Frage 5: Abzocke durch die Energie Graz
(GR Günter Wagner, FPÖ an StR Eber, KPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Stadtrat. Heute ergeht die Frage an dich, und zwar geht es um die Energiepreise der Energie Graz. Ich glaube, es ist für uns alle ohne Zweifel festgestellt worden, dass die Menschen unter der enormen Teuerung leiden, dass die wirklich schon große Probleme haben, ihre Fixkosten zu bezahlen. Und ganz klar sind die Energiepreise, Heizkosten, Stromkosten da ein ganz starker Treiber in diese Richtung. Letztes Jahr hat es seitens der Energie Graz zwei Preiserhöhungen gegeben. Bei der Fernwärme sprechen wir da von einem Preisanstieg von 6,2 Cent je Kilowattstunde auf 15,9 Cent je Kilowattstunde und das bedeutet eine Preiserhöhung von knappen 150 %. Und begründet ist das natürlich worden durch den hohen Anschaffungspreis des Gases. Und ein genauer Blick aber auf den Gaspreis zeigt, dass dieser momentan 20 % niedriger liegt, als er noch vor fünf Jahren gelegen ist. Trotzdem wird die Bevölkerung momentan mit unverhältnismäßig hohen Preisen, ich muss einmal wirklich sagen, abgezockt, denn die angekündigte Strompreisreduktion um 20 % ist im Verhältnis dazu wirklich eher als Scherz zu verstehen. Das muss wirklich auf das Niveau wieder zurückgefahren werden, wo auch die Kosten für den Energiebetreiber herkommen. Die Energie Graz als kommunaler Versorger hat momentan astronomische Zufallsgewinne,

die sie generieren können, und wir als Stadt Graz, also die Stadt Graz und die Holding halten zusammen 51 %, hätten da eigentlich die Möglichkeit, sehr rasch einzugreifen und uns durchzusetzen. Und deshalb ergeht an dich die

Frage:

Wann wird die Energie Graz die Preise für Fernwärme auf ein angemessenes Niveau, welches dem Gasmarktpreis auch wirklich entspricht, absenken?

Originaltext der Frage:

Die Teuerung stellt die Grazer schon seit langem vor große Herausforderungen. Die merkbarste Belastung ist hierbei insbesondere bei den Energiepreisen entstanden. So gab es vonseiten der Energie Graz bereits im April 2022 die erste Erhöhung des Fernwärmepreises und im Dezember trat schließlich die 2. Preiserhöhung in Kraft. Zusammenfassend für das Jahr 2022 bedeutet dies einen Preisanstieg von 6,2 Cent/KW/h auf 15,91 Cent/KW/h exkl. USt. Das bedeutet eine Erhöhung von 156,61 % innerhalb von einem Jahr. Begründet wird diese Preisexplosion durch den gestiegenen Preis bei der Gasbeschaffung. Ein genauer Blick auf den Gaspreis (Natural Gas Chart) offenbart jedoch, dass dieser aktuell rund 20% niedriger ist als vor 5 Jahren. Trotzdem wird die Bevölkerung mit unverhältnismäßigen Preisen abgezockt. Eine angekündigte Strompreissenkung um rund 20% kann in Anbetracht dessen höchstens als Satire verstanden werden. Die Energie Graz macht als kommunaler Versorger astronomische sogenannte „Zufallsgewinne“ auf Kosten der Allgemeinheit. Trotz der beherrschenden Stellung, die Stadt Graz sowie Holding Graz halten zusammen 51 % an der Energie Graz, schaut die Grazer Stadtregierung tatenlos zu, wie den Einwohnern das Geld aus der Tasche gezogen wird. Weiters droht der Holding Graz trotz diesen „Zufallsgewinnen“ die Zahlungsunfähigkeit, was durchaus verblüfft. Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachstehende

Anfrage:

Wann wird die Energie Graz die Preise für Fernwärme auf ein angemessenes Niveau, welches dem Gasmarktpreis entspricht, senken?

StR Eber:

Zunächst einmal möchte ich sagen, sagen wir es einmal so, die Holding Graz besitzt 51 % der Anteile an der Energie Graz, die restlichen 49 % hält die Energie Steiermark. Allerdings, diese Zufallsgewinne, die insbesondere auch im Energiemarkt auftreten, die sind für die Energie Graz leider, muss man sagen, nicht vorhanden. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Energie Graz selbst kaum eigene Stromerzeugung hat. Also das heißt, dieser Anteil ist bei rund 4 bis 5 %. Auf der anderen Seite, was die Fernwärme anbelangt, der Fernwärmepreis selbst unterliegt einer behördlichen Preisregulierung, zuständig dafür ist die Steiermärkische Landesregierung, also mit dem Landeshauptmann an der Spitze. Und natürlich jegliche oder jede Preissteigerung in der Vergangenheit zeigt, die es natürlich, wie du richtig sagst, gegeben hat, dass diese das Leben für die Menschen auch in unserer Stadt natürlich sehr verteuern und schwierig machen. Aber alle diese Preiserhöhungen sind sehr gut geprüft worden, auch unter Miteinbeziehung der Sozialpartner, also Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer. Mittlerweile ist es so, dass die Eigentümervertreter des Landes Steiermark, bereits, also Eigentümervertreter in der Steiermark, eine Prüfung der Fernwärmepreise in Aussicht gestellt haben und natürlich damit einhergehend auch eine Senkung dieser Preise. Die Energie Graz selbst hat möglichst zeitnah und eigentlich entgegen des österreichweiten Trends sowohl Gas- als auch Strompreissenkungen um jeweils 20 % beschlossen. Das heißt, mit 1. Mai wird der Gaspreis und mit 1. Juli der Strompreis um jeweils 20 % gesenkt. Das bedeutet für die Kunden und Kundinnen ein durchschnittliches Ersparnis von rund 200 Euro pro Haushalt, und zwar auf beiden Gebieten, also sowohl beim Strom- als auch beim Gaspreis. Ganz wichtig in dem Zusammenhang zu erwähnen ist aus meiner Sicht auch,

dass die Energie Graz einen sogenannten Härtefallfonds eingerichtet hat, diesen in der Vergangenheit mehrmals aufgestockt hat. Jetzt stellen wird in Summe rund 1 Million Euro bereit, die über das Sozialamt der Stadt Graz und über die Caritas auch für Kunden in Not sozusagen abgeholt werden können und es dort die Möglichkeit gibt, bis zu 800 Euro pro Haushalt an Zuzahlungen zu erhalten

GR Günter Wagner:

Herzlichen Dank für die Beantwortung, sie offenbart doch einiges. Das ist natürlich schön, ich kann alles mal drei, mal vier rechnen in der Preissteigerung und kann dann später hergehen und mich für eine 20-prozentige Reduktion dann abfeiern lassen. Das kann man natürlich machen, aber die Leute glauben das nicht mehr und die wissen, dass das nicht mehr so gerechtfertigt ist. Wir haben gesehen in der Vergangenheit, und wir werden heute zu dem Thema noch kommen, weil das ja eben von der Landesregierung und vom Landeshauptmann anscheinend abhängig ist; wenn es darum geht, den Menschen Geld aus den Taschen zu ziehen, wie bei den Parkgebühren, dann schreibt ihr ja der Landesregierung einen netten Brief, sodass die das Gesetz insofern verändern, dass man dort den Menschen Geld abnehmen kann. Darf ich jetzt davon ausgehen, dass im umgekehrten Fall ihr, um die Menschen zu entlasten, bereits einen Brief an den Landeshauptmann auch geschickt habt, weil Mehrheit habt ihr dort anscheinend, dass der Fernwärmepreis auch mit sofortiger Wirkung reduziert wird, oder gibt es diesen Brief für die Entlastung nicht, sondern nur für die Belastung? Bitte um Beantwortung.

StR Eber:

Ich möchte zunächst sagen, die Preisgestaltung bei der Energie Graz ist natürlich eine, die, ich sage einmal, vorsichtig ausgedrückt, trotz allen Preissteigerungen, die wir gehabt haben in den letzten Monaten insbesondere, die aber sehr kundenfreundlichen und kundennah ist. Also Ausdruck dessen ist ja auch, dass die Gewinne der Energie

Graz eben dadurch, dass Preissteigerungen erst sehr spät weitergegeben wurden, manchmal auch nicht im vollen Umfang weitergegeben wurden, deswegen sind die Gewinne der Energie Graz, die sie natürlich hat, aber auch deutlich zurückgegangen gegenüber den ursprünglich budgetierten Annahmen, und zwar ungefähr auf ein Drittel dessen, was also geplant war. Von daher ist es natürlich auch richtig und gut gewesen, dass wir in ständigem Austausch mit der Energie Graz, mit der Holding als Eigentümer sozusagen sind und da auch immer wieder gemeinsam versucht haben, Wege zu finden, wie wir die Belastungen für die Grazerinnen und Grazer möglichst geringhalten können. Das ist, glaube ich, dieser der entscheidende Punkt, der uns bis zu einem bestimmten Grad natürlich auch gelungen ist, auch wenn man natürlich auf internationale Märkte in diesem Bereich auch angewiesen ist, was den Gaspreis anbelangt und es natürlich zu Steigerungen gekommen ist, die wir uns alle nicht gewünscht haben. Letzter Punkt, Parkgebühren, Fernwärmepreis. Ja, natürlich fehlte uns bei den Parkgebühren die gesetzliche Grundlage, um in den Grünen Zonen zu höheren Tarifen zu kommen. Wir werden heute noch die Möglichkeit haben, darüber ausführlicher zu sprechen; was die Fernwärme anbelangt, wie gesagt, dort ist das Land Preisbehörde und hält die Preise natürlich auch selbstständig im Einvernehmen mit den Energieversorgungsunternehmen, aber auch, wie gesagt, mit den Sozialpartnern fest. Danke (*Appl.*).

**7.6 Frage 6: Landesförderung der Kinderbildung und -betreuung
(GR Gostentschnigg, BA, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Gostentschnigg:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner. Wir haben heute schon über den Kinderbildungs- und -betreuungsbereich gesprochen. Ich darf heute eine Frage stellen, die eigentlich meine liebe Kollegin, die Mina, stellen wollte. Sie ist allerdings erkrankt und sollte sie

zuschauen, ganz liebe Grüße und gute Besserung. Ich darf heute in ihrem Namen die Frage an Sie richten. Die Mina hat hier folgende Frage vorbereitet, und zwar haben wir im Oktober vergangenen Jahres ja schon darüber gesprochen, dass 5 bis 7 Millionen vom Land kommen werden und wir haben uns dazu verpflichtet und wir haben das Bekenntnis abgegeben, wir wollen dieses Geld wieder in den Kinderbildungs- und -betreuungsbereich investieren, weil es natürlich ganz wichtig ist, dass die Kolleginnen und Kollegen dort, die eine super Arbeit machen Tag für Tag und gerade in der Corona-Zeit super gefordert waren, einfach mehr verdienen. Sicher ist aber auch, Sie wissen, dass gute Ideen, wie zum Beispiel das von Ihnen auch vorgestellte Maßnahmenpaket mit den 200 Euro mehr, die kosten natürlich Geld, Geld, das wir brauchen. Diese 5 bis 7 Millionen sind ja auch schon verplant. Ich darf erinnern an das neue K-Schema, an die Prämie und dann die zweite Überschneidungsstunde, die kommen soll. Genau. Und jetzt hat sich allerdings herausgestellt, nach letzten Schätzungen des ABI, dass dieses Geld, das hier fließen könnte und wird, wesentlich weniger sein wird als diese 5 bis 7 Millionen in Aussicht gestellten, nämlich nur 2,4 Millionen. Das ist natürlich eine relative Lücke. Jetzt muss man dazu sagen, natürlich haben die Entwicklungen gestern und heute diese Frage etwas überholt. Gestern, der Manfred hat es schon gesagt, hat es schon ein Treffen gegeben vom Städtebund mit dem Herrn Bildungslandesrat Amon, Manfred war auch dabei, und heute ist dieses Paket ja bereits präsentiert worden, wo durchaus einige erste Verbesserungen, die gut und richtig sind, auch schon enthalten sind. Es wird aber auch künftighin unserer Meinung nach wichtig sein, dass vor allem auch Sie, Herr Hohensinner, ein gutes Wort bei Ihren Parteikollegen auf Landesebene einlegen, Stichwort Verteilung der Ausbildungsplätze. 120 zusätzlich sind in Aussicht gestellt, dann müssen wir natürlich schauen, dass auch in Graz da welche sind, Gehaltsschema, dass wir in Graz eines haben, dass das auch beim Land eingebracht wird. Stichwort Entbürokratisierung, ganz, ganz wichtig, da gibt es viel zu tun, viele gute Ideen und da wäre unser Ersuchen und unsere Bitte, dass natürlich auch Sie möglichst oft und möglichst mit Nachdruck ein gutes Wort an Herrn Bildungslandesrat Amon einlegen. Deswegen die

Frage,

die ich stellen darf: Gibt es schon Ergebnisse der Verhandlungen, die Sie mit Bildungslandesrat Werner Amon geführt haben (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Im Herbst 2022 hat Bildungslandesrat Werner Amon ein Entlastungspaket für Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen angekündigt, das die Kostenübernahme für die Sozialstaffeln in den Kinderkrippen sowie für die Überschneidungszeiten durch das Land beinhaltet. Im Oktober hat sich der Grazer Gemeinderat dazu bekannt, die frei werdenden Mittel von „fünf bis sieben Millionen Euro jährlich“ wieder im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich zu verwenden. Von diesen Zahlen ausgehend, hat die Stadt ein neues K-Schema eingeführt, wird die 1.000-Euro-Corona-Prämie ausbezahlen. Mit Herbst soll die zweite Überschneidungstunde angeboten werden. Seit kurzem liegt nun der Entwurf für die Novelle des Steiermärkischen Kinderbetreuungsförderungsgesetzes vor. Nach erster Einschätzung der ABI wird die Stadt Graz nämlich ab dem Betreuungsjahr 2023/24 nur 2,4 Millionen Euro an jährlichen Fördermitteln erhalten. Laut der Stellungnahme der ABI werden sich in Graz auch die Elternbeiträge erheblich erhöhen. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Gibt es schon Ergebnisse der Verhandlungen, die du mit Bildungslandesrat Werner Amon geführt hast?

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Vorweg, danke für die Info, dass es anscheinend jetzt ab Herbst eine zweite Überschneidungsstunde zu Mittag gibt. Das freut mich sehr. Ich hoffe, dass hier auch die KPÖ an die privaten Einrichtungen gedacht hat neben den städtischen Einrichtungen. Es ist ein bisschen seltsam, dass ich solche Erneuerungen, die meinen Bereich betreffen, über die Fragestunde erfahre, aber es ist der Sache dienlich und deswegen möchte ich mich an dieser Stelle auch in aller Form bedanken, die Finanzierung muss dann noch sichergestellt werden. Zur Frage, ich bin natürlich mit Werner Amon im regen Austausch. Und dazu möchte ich ganz kurz erläutern, wie das mit der Sozialstaffel aussieht. Eine landesweite Sozialstaffel hat es bisher nur für den Kindergartenbereich gegeben. In der Stadt Graz haben wir eine freiwillige Sozialstaffel selbst finanziert im Kinderkrippenbereich gehabt. Jetzt setzt eben auch, wie erwähnt, das Land eine landesweite Sozialstaffel im Krippenbereich um. Das ist für die Gemeinden gut, die bisher noch keine Staffel hatten, und natürlich ist es für die Familien auch eine Entlastung, da gibt es ja auch sogar von der SPÖ eine Werbung, unsere neue Sozialstaffel in Kinderkrippen, weniger Kosten für Familien. Ich möchte allerdings sagen, ich schaue mir das sehr genau an. Und derzeit ist es so, dass die vom Land Steiermark angedachte Sozialstaffel weniger Gehaltseinkommensstufen hat als unsere Sozialstaffel. Deswegen würde ich in den kommenden Wochen auch unserer Bürgermeisterin, der Elke, empfehlen, dass wir bei der Grazer Sozialstaffel bleiben und dass wir uns dann gemeinsam bemühen, dass wir den Sockelbetrag, den wir erhalten hätten für das Landesmodell, dass wir uns diesen Betrag beim Land Steiermark abholen. In welcher Höhe das dann sein wird, das kann man derzeit auch noch nicht ganz genau sagen, ob das jetzt 2,4 Millionen Euro, 5 oder 6 Millionen Euro sein werden, das wissen wir bis dato noch nicht. Wichtig ist, dass die Maßnahmen, die Sie jetzt erwähnt haben, ob das jetzt der Covid-Tausender ist, das K-Schema, wo leider die Betreuer:innen noch nicht dabei sind, also hier, bitte denkt auch an die Betreuer:innen, beziehungsweise die zweite Überschneidungsstunde. Diese Maßnahmen kosten Geld. Gott sei Dank gibt es jetzt seitens des Landes hier zusätzliches Geld. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei Werner Amon und bei

allen Fraktionen, die diese Initiative im Land Steiermark unterstützen, bedanken. Ich glaube, das hat einmal einen Applaus verdient (*Appl.*).

Danke. Und uns muss es bewusst sein, der Elementarpädagogikbereich braucht jetzt von allen Fraktionen, von allen Gebietskörperschaften Rückenwind. Aber der Rückenwind kann nicht nur durch irgendwelche Absichtserklärungen stattfinden, sondern der Rückenwind muss mit Finanzierungsmitteln ausgestattet werden. Das Land geht hier in die Verantwortung. Und genau diese Verantwortung haben wir auch in der Stadt Graz. Und weil Sie vorher gerade gesagt haben, ob ich ein gutes Wort beim Werner Amon einlegen möchte, das mache ich natürlich, aber ich würde Sie bitten, dass Sie ein gutes Wort beim Manfred Eber einlegen (*Appl.*).

GR Gostentschnigg:

Die Zusatzfrage muss ich mir noch einfallen lassen, während ich sage, was ich sagen möchte. Ich habe mich gerade beim Manfred rückversichert, diese zweite Überschneidungsstunde ist tatsächlich keine neue Information. Das hätte auch ich so im Kopf gehabt, dass das bereits auch besprochen und auch schon medial transportiert worden wäre. Bezüglich Absichtserklärungen ist es ja tatsächlich so ...

Zwischenruf StR Hohensinner unverständlich.

GR Gostentschnigg:

Wir sind zuständig im direkten Sinn für die öffentlichen, für die städtischen Einrichtungen.

Zwischenruf StR Hohensinner unverständlich.

GR Gostentschnigg:

Nein, das auf jeden Fall, also das ist ja klar. Aber da kommen wir heute ja auch im Rahmen der Tagesordnung noch ausführlicher darauf zu sprechen. Ich glaube, das würde jetzt den Rahmen sprengen, wenn wir hier ein Zwiegespräch führen. Also Ihre Zusicherung habe ich so verstanden, dass Sie auch beim Herrn Amon noch einmal mit Nachdruck dafür einstehen werden, dass diese 5 bis 6 Millionen, mit denen wir anfangs gerechnet haben, dann tatsächlich auch fließen. Habe ich das richtig verstanden? Das wäre eine etwas improvisierte, gebe ich zu, Zusatzfrage. Dankeschön (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Es ist wichtig, dass wir jetzt Maßnahmen setzen, aber es wäre der falsche Weg, wenn wir jetzt, als Vergleich, ins Lokal gehen, eine Runde zahlen und sagen, der Freund zahlt die Rechnung. Das heißt, wir setzen Maßnahmen und nicht nur das Land ist in der Verantwortung, finanziell zu unterstützen, sondern wir als Stadt Graz sind hier auch in der Verantwortung. Und ich werde mich einsetzen, dass wir ein Geld bekommen, aber wir bekommen jetzt nicht weniger. Jedes Geld, das jetzt durch diese Sozialstaffel des Landes zu uns fließt, ist ein gutes Geld, das wir für die Kinderbetreuung investieren. Und ich appelliere noch einmal an diese Stadtregierung, die Situation ist noch schwierig, wir werden in den nächsten Jahren pro Jahr 14 zusätzliche Gruppen errichten müssen. Ich habe der Bürgermeisterin erst kürzlich ein Mail geschrieben mit der Bitte, dass sie hier ihre Gesamtverantwortung wahrnimmt. Es braucht ein Zusammenwirken der Immobilienabteilung, der Finanzdirektion, des ABIs, dass wir diese Herausforderung schultern können. Und da bitte ich auch wirklich dringend, dass die Frau Bürgermeisterin in ihre Gesamtverantwortung geht (*Appl.*).

**7.7 Frage 7: Durchfahrtsperre in der Marburger Straße und ihre Folgen
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GRⁱⁿ Potzinger:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Im Sinne der Zeitökonomie erspare ich mir jetzt in der Fragestellung Details, was Straßenbezeichnungen betrifft. Sehr geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Judith, wir haben schon ein paar Mal gesprochen, es geht um die Marburger Straße, war auch schon Thema im Februar-Gemeinderat. Ganz konkret geht es jetzt um diese doch geplante Sperre der Marburger Straße für Pkw. Und da hat sich offenbar eine Änderung ergeben, jedenfalls im Februar-Gemeinderat war noch die Antwort: Durchfahrtsmöglichkeiten für den Kfz-Verkehr werden geprüft. Was jetzt die rechtliche Grundlage betrifft, natürlich die Straßenverkehrsordnung § 67, gibt beides her, nämlich eine Durchfahrtsperre für Pkw, aber sehr wohl auch eine behördliche Genehmigung der Durchfahrt. Was ist jetzt das Hauptproblem, wie in St. Peter für die Anrainerinnen und Anrainern? Auf gut Deutsch, sie fühlen sich ein bisschen gefrotzelt, sie haben von den Grünen erwartet, dass es selbstverständlich basisdemokratisch im Vorfeld eine Bürger:innenbeteiligung geben wird. Und die gab es eben nicht. Und da gab es offenbar Missverständnisse. Ich habe am Montag mit dem Herrn Bezirksvorsteher Neumann gesprochen, der da einer Mitbürgerin voriges Jahr schriftlich hat zukommen lassen, es hätte eine Bürgerbeteiligung gegeben. Das stimmt nicht, es gab nur eine Bürgerinformation in Form eines Flugblatts, das an alle Haushalte versandt wurde, aber es gab keinerlei Möglichkeit, keine Einladung an die betroffenen Anrainer:innen zu einer Bürgerversammlung welcher Art immer, wo auch die Anrainer:innen die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Positionen aktiv einzubringen und darzulegen. Es gibt zusätzlich das Problem im ORF, aber das ist schon mehrfach kommuniziert, auch medial, was die Zufahrt betrifft und den Schranken, selbstverständlich muss für den öffentlich rechtlichen Rundfunk die Zufahrt uneingeschränkt gewährleistet sein. Das wird auch so sein. Aber die Geschichte mit dem Schranken und mit einem Parkplatz und den damit verbundenen Kosten, diese Lösung dieser Sache ist noch virulent. Uns geht es jetzt wirklich darum, dürfen wir

St. Peter:innen damit rechnen, dass es jetzt doch zu einem Bürgerbeteiligungsprozess kommt und in Folge dessen die Erkenntnisse auch einfließen in eine Entscheidungsfindung (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Die Marburger Straße soll zwischen der Brucknerstraße und der Petrifelderstraße die Ausweisung als 30km/h Zone erfahren. Das ist grundsätzlich eine positive verkehrsberuhigende Maßnahme für alle Anrainer. Die Umwidmung auf eine 30 km/h Zone hat auch Vorteile für Radfahrer, denn diese können nun nebeneinander fahren.

Leider kommt es aber im Zuge der 30km/h Zone auch zu der, eigentlich nicht mehr notwendigen, Ausweitung zu einer Fahrradstraße. Zusätzlich, und das auch noch ohne Bürger einzubinden, soll nun eine Durchfahrtssperre für PKW zwischen Rosengasse und Nußbaumerstraße kommen. Dem nicht genug, sollen im Bereich Otto-Löwi-Gasse und Gluckgasse 12 Parkplätze fallen sowie 3 Parkplätze in der Nußbaumerstraße/Ecke Marburger Straße.

Durch die geplante Durchfahrtssperre von 71 Metern in der Marburger Straße werden viele Grazerinnen und Grazer an Lebensqualität einbüßen. Die Auswirkungen auf alle Nebenstraßen sind unzumutbar. Das zusätzliche Verkehrsaufkommen in der Händelstraße, Wittenbauerstraße, Scheigergasse, Emil-Ertl-Gasse, Neufeldweg, Liebengasse, Nußbaumerstraße, Rosengasse, Rudolf-Hans-Bartsch-Gasse ist nicht akzeptabel. Diese Straßen haben keine bzw. kaum Gehsteige und sind derzeit noch deutlich verkehrsberuhigt. Konkret auch zwei Beispiele, um die Auswirkungen zu verdeutlichen:

- 1.) *Wenn eine Mutter ihr Kind mit dem Auto von der Händelstraße in die Kinderkrippe Marburger Straße bringen möchte, muss diese künftig Umwege*

über die Brucknerstraße und St.-Peter-Hauptstraße zu Stoßzeiten in Kauf nehmen.

2.) Oder, wenn ein Bewohner der Nußbaumerstraße von Höhe Jugend am Werk Richtung Innenstadt fahren möchte, müssen Umwege über die gesamte Nußbaumerstraße und St.-Peter-Hauptstraße, oder über Siedlungsstraßen wie die Gerhard-Hauptmann-Straße und Wittenbauerstraße in Kauf genommen werden, um Richtung Innenstadt zu gelangen.

Dem nicht genug, kommt noch die Erreichbarkeit des ORF-Landesstudios hinzu. Der ORF als öffentlich-rechtlicher Sender muss jederzeit uneingeschränkt per PKW und LKW erreichbar sein – er hat etwa auch in Katastrophensituationen eine wesentliche Informationsverantwortung.

Aufgrund der chaotischen Vorhaben in der Marburger Straße gibt es Verhandlungsbedarf zwischen ORF und Stadt, denn das Landesstudio muss seinen Parkplatz teuer umorganisieren - Umrüsten der Technik bei den Schrankenanlagen samt Verkabelung und Kameras. Damit nun das beidseitige Ausfahren möglich ist, kostet dies den ORF rund 60.000 Euro. Die Erwartungshaltung des ORF ist nun zu Recht jene, dass die Stadt als Verursacherin dieses Problems auch einen Großteil der Kosten zu tragen habe.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die in einem noch abzuhaltenden Bürgerbeteiligungsprozess gewonnenen Erkenntnisse in die Umsetzung Ihres Vorhabens einer Fahrradstraße und Durchfahrtsperre in der Marburger Straße einfließen zu lassen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Vielleicht einmal eines vorweg zur Fahrradstraße an sich. Es gibt tatsächlich von der StVO sozusagen die Möglichkeit, das so oder so zu machen. Klar ist, dass es sozusagen eine 30er-Zone dann ist, wo die Rad-Symbole sichtbar sind und wo man eine erhöhte Sicherheit gewährleistet für die, die mit dem Rad fahren, weil man eben auch mit Kindern nebeneinander fahren kann und sozusagen der Individualverkehr dadurch eingedämmt werden soll. In dem Fall gibt es auch klare Empfehlungen unserer Fachabteilungen, eine Durchfahrtsperre zu machen, was aber bedeutet, dass Fuß, Rad und Bus ja trotzdem passieren können und die Zu- und Abfahrt auch gewährleistet ist. Also alle, die dort wohnen, dürfen reinfahren, dürfen rausfahren und wenn sie ein Ziel dort haben, aber eben das Durchfahren soll verhindert werden. Warum? Weil die Verkehrsabteilung jetzt mal erhoben hat, dass ungefähr 4.000 Fahrzeuge am Tag da durchfahren ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

4.800, Sie wissen es noch genauer, die Hälfte davon fährt wirklich nur durch und hat kein Ziel in dieser Straße oder diesem Abschnitt der Straße. Deswegen ist das keine Schikane, sondern eben die Idee, basierend auf der Radoffensive, wie wir sie auch hier beschlossen haben, auch schon 2021 ist ja der Plan, das ist ein Teil eines Gesamtplanes, eben eine sichere Radinfrastruktur in St. Peter zu schaffen. Wir haben ja zwei Routen. Die eine ist die schnelle an der St.-Peter-Hauptstraße, wo wir den blauen Teppich jetzt haben, der umstritten war. Aber wo die Erfahrungen uns bestätigen, dass die Leute das in Anspruch nehmen, sich wesentlich sicherer fühlen, also nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl, sondern tatsächlich das angenommen wird. Das ist für die routinierten Radfahrer:innen. Die zweite ist für die Ungeübteren, für die Familien mit Kindern, weil da leben viele. Ich bin da auch manchmal und habe

mir auch noch einmal ein Bild vor Ort gemacht, da sind sehr, sehr viele junge Eltern mit Kinderwägen unterwegs, mit kleinen Kindern. Und um dort sozusagen dies sicherer für ungeübteren Nutzer:innen möglich zu machen, ist der Beschluss, das jetzt einmal so zu machen. Wohlwissend, dass das evaluiert wird, weil was wir nicht wollen, ist die Angst, dass es sich jetzt verlagert in alle Nebengassen. Die Erfahrung der Verkehrsabteilung, das ist das, was ich auch mitnehme von unseren fachlich damit beauftragten und zuständigen Beamt:innen, ist, dass das zwar manchmal am Anfang so ist, aber dass sich das irgendwann einspielt. Also bitte ich auch um Geduld, in der Regel nehmen die Autofahrer:innen dann auch die Vorrangstraßen und verwenden auch diese. Ich möchte gerne das Beispiel, das im Motiventext, aufgreifen, von dir. Wenn eine Mutter ihr Kind mit dem Auto von der Händelstraße in die Kindergrille Marburger Straße bringen möchte, muss diese künftig Umwege über die Bruckner Straße und St.-Peter-Hauptstraße zu Stoßzeiten in Kauf nehmen. Das ist ein gutes Beispiel, warum wir das machen. Weil wir nämlich den Individualverkehr auf andere Verkehrsarten künftig ja umorganisieren wollen. Das ist wahrscheinlich eine Strecke von 900 Meter bis 1,3 Kilometer. Und eigentlich, wenn es nicht irgendwie eine andere Notwendigkeit gibt, ist das nicht notwendig, dass man die mit dem Auto fährt, sondern mit dem Fahrrad oder zu Fuß geht, was ja auch schön ist mit Kindern, wenn es sicher ist dort. Die Sicherheit bauen wir jetzt mit mehr Gehsteig, es kommen sogar Bäume dorthin, Richtung Stücklschweiger, und auch sozusagen Gehwege und schmaler, damit man sicher mit dem Rad oder mit dem Lastenrad die Kinder in den Kindergarten führen möchte. Also ein gutes Beispiel, warum wird die Fahrradstraße jetzt einmal ohne Durchfahrtsmöglichkeit machen. Wir prüfen das, der Verkehr wird erhoben und es wird natürlich dann evaluiert und geschaut, ob es ja nicht zu Verlagerungen kommt, das dauert ein bisschen. Es gibt noch übrigens eine Bezirksratsversammlung und einen Informationsflyer hat es gegeben, aber am 9. Mai, herzlich eingeladen, gibt es eine Bezirksratsversammlung, die groß ist. Es hat aber viele, viele Einzelgespräche auch gegeben, wo die Bevölkerung, die Anrainer:innen informiert wurden.

GRⁱⁿ **Potzinger**:

Danke für diese Antwort. Das ist diese schöne Beispiel, diese Mutti, die ihr Kind in die Krippe bringt, arbeitet in Raaba im Technikpark, die ist angewiesen auf ihr Auto, die muss ihr Kind mit dem Auto bringen, die kann nicht mit dem Lastenrad kommen. Daher nahm ich dieses Beispiel. Aber danke für das Stichwort, das ist keine Bezirksratsversammlung, sondern es ist tatsächlich eine Bezirksversammlung, das ist ein großer Unterschied. Eine Bezirksratssitzung gab es, eine Bezirksratssitzung, aber da geht es um eine Bezirksversammlung am 9. Mai im Pfarrsaal St. Peter auf Initiative unseres Bezirksvorsteher-Stellvertreters Erich Kickenweitz, und ich freue mich, dass der Grünen-Bezirksvorsteher Mag. Neumann das auch gutgeheißen hat. Also das wird jetzt stattfinden. Ich hoffe sehr, liebe Frau Vizebürgermeisterin, dass du es doch schaffen wirst zu kommen, die Bürgerinnen und Bürger erwarten dich dort. Es geht insgesamt natürlich um das Radfahren in St. Peter, und auch die ÖVP St. Peter ist sehr für das Radfahren. Viele von uns fahren mit Begeisterung mit dem Rad und arbeiten teilweise in Graz Umgebung. Deswegen für meine Zusatzfrage jetzt auch da ein konkretes Beispiel, es geht um die Firma Knapp in Hart bei Graz, wo viele Grazerinnen und Grazer aus St. Peter arbeiten und auch mit dem Rad dorthin fahren wollen. Jetzt ist gedacht, den Kreisverkehr dort beim Schönberger an der Stadtgrenze Richtung Raaba wegzugehen, damit man dort einen Radweg macht. Die Radfahrer:innen, die beim Knapp arbeiten, die sagen mir, es wäre 100-mal besser, entlang der S-Bahnstrecke den Radweg durchzuziehen, dort einen schönen Radweg zu machen abseits der Harter Straße. Die Harter Straße ist so eng, dort geht es nicht gut mit dem Radweg. Da wäre wirklich meine Bitte, das auch zu prüfen, dort einen schönen, vom Kfz-Verkehr abgetrennten Radweg zu machen im Rahmen der S-Bahn-Strecke und dann könnte man selbstverständlich den Kreisverkehr auch belassen und Richtung Nord, Richtung St. Peter, weiterfahren. Das heißt, die Zusatzfrage: Dürfen wir St. Peter:innen damit rechnen, dass du uns am 9. Mai bei der Bezirksversammlung beehrst und wir konstruktiv gemeinsam auf einen guten Zukunftsweg von Radfahrer:innen und Autofahrer:innen in St. Peter arbeiten können (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Also herzlichen Dank für die Einladung, ich werde das mit meinem Kalender und mit meinem Team anschauen, weil ich jetzt meinen Kalender nicht auswendig weiß, aber grundsätzlich bin ich bei Versammlungen, alle wissen das, auch in der Zinzendorfsgasse war ich mehrmals, also wo möglich, bin ich dabei. Ich kann es jetzt nicht versprechen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke vielmals. Es geht sich leider keine nächste Frage aus. Ich möchte einfach nur in Erinnerung rufen, wenn man so bedenkt, es sind nur sieben Fragen drangekommen. Es ist in Ihrem Interesse, versuchen Sie, die Fragen kurz zu halten, die Antworten kurz zu halten, weil sonst werden sich einfach nie mehr Fragen ausgehen. Es heißt Fragestunde, und ich weiß, ich war selbst lange auch Gemeinderätin, man ist mit Leidenschaft gerne dabei und möchte vieles hier einbringen, aber es heißt eigentlich immer kurze Frage, kurze Antwort. Und ich möchte es nur in Erinnerung rufen.

Ende Fragestunde: 13.30 Uhr